

## Stadtrat

### Protokoll

SR-Nr: 1. Stadtratssitzung  
Datum SR-Sitzung: 26. Januar 2026  
Beginn: 19:00 Uhr  
Schluss: 20:20 Uhr  
Ort: Gemeindesaal (2. Stock), Kirchbühl 23, Burgdorf

---

Die Sitzung wurde unter Angabe der Traktanden durch Publikation im digitalen Amtsblatt (<https://e-publikation.ch>) und auf der Website der Stadt Burgdorf ([www.burgdorf.ch](http://www.burgdorf.ch)) bekannt gemacht.

Die Mitglieder des Stadtrates und Gemeinderates wurden zudem per Mail über die Aufschaltung der Traktandenliste und der übrigen Sitzungsunterlagen informiert und zur Sitzung eingeladen.

---

#### Teilnehmende:

**Stadtratspräsident** Adrian Merz

**Stimmzähler** Marcel Suter, Jürg Grimm

**Mitglieder des Stadtrates** Roger Aebi, Annemarie Althaus-Zingg, Tanja Blume, Marc Bracher, Claudia Fankhauser, Raffael Fluri, Yves Greisler, Jürg Grimm, Pascal Hebeisen, Christian Hedinger, Martin Hohl, Mirjam Kalbermatten-Wüthrich, Jürg Kämpf, Karin Karrer-Siegenthaler, Fabian Käsermann, Jonas Lauwiner, Esther Liechti-Lanz, Barbara Lüthi-Kohler, Debra Marti, René Marti, Franziska Maurer Roschi, Simon Reusser, Manfred Schaffer, Philipp Schärf, Johanna Schlegel, Jeannine Seiler Keller, Marcel Suter, Beryll Veraguth, Anette Vogt, Jonas von Allmen, Claudia von Känel, Ulrich von Känel, Sybille Zingg Righetti, Urs Wüthrich, Gabriela Bannwart, Beat Neuenschwander, Samuel Knüsel

**Entschuldigt** Hermann Dür, Shana Kuster

**Stadtpräsident** Stefan Berger

**Mitglieder des Gemeinderates** Theophil Bucher, Francesco Rappa, Beatrice Kuster Müller, Elias Maier, Michael Ritter

**Entschuldigt** Peter von Arb

<b>Stadtschreiber</b>	Stefan Ghioldi
<b>Auskunftspersonen</b>	-
<b>Protokoll</b>	Brigitte Henzi

---

**Traktanden:**

- Genehmigung des Protokolls der Stadtratssitzung vom 8.12.2025	3
- Informationen des Stadtratspräsidenten	3
- Informationen aus dem Gemeinderat	4
- Ersatzwahl Sozialkommission	4
- Änderung UeO Nr. IV "Buchmatt"	5
- Auftrag Grüne Partei betreffend Label "Grünstadt Schweiz" in Burgdorf	6
- Jugendantrag betreffend geschützter Pausenplatz Schulhaus Pestalozzi	7
- Dringliches überparteiliches Postulat SP, Grüne und EVP betreffend Sicherstellung der suchtmmedizinischen Versorgung in Burgdorf	10
- Interpellation Marc Bracher betreffend Terminierung von Strassensanierungen an Schulwegen – Bauarbeiten unmittelbar vor oder während der ersten Schulwochen	15
- Interpellation SP-Fraktion betreffend vZEV und LEG in Burgdorf	15
- Interpellation SP-Fraktion betreffend Gastronomische Nutzung öffentlicher Räume in Burgdorf	16
- Interpellation SP-Fraktion betreffend Nutzung städtischer Liegenschaften im öffentlichen Interesse	16
- Interpellation Blume Tanja, SP, Veraguth Beryll, EVP, Müller Vicky, Grüne betreffend öffentliche WC-Anlagen	16
- Verschiedenes und Unvorhergesehenes	17

## **Appell**

Der durch den Stimmenzähler Suter Marcel durchgeführte Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 38 Mitgliedern des Stadtrates (SR).

Der Rat ist beschlussfähig.

---

## **Traktandenliste**

Es erfolgen keine Änderungsanträge.

---

SRB: 2026-950 | Registratur-Nr. 1.7.1

### **Genehmigung des Protokolls der Stadtratssitzung vom 8.12.2025**

## **Verhandlung**

Stadtratspräsident Merz Adrian teilt mit, dass bei der Wahl des Stadtratsbüros die Abstimmungszahlen falsch waren und bereits korrigiert wurden. Bei den Abstimmungen stand mit 29 Ja bei 1 Enthaltung statt mit 39 Ja bei 1 Enthaltung.

Seitens des SR werden keine Bemerkungen gemacht.

## **Abstimmung**

Der Stadtrat genehmigt einstimmig das Protokoll der Stadtratssitzung vom 8. Dezember 2025.

---

SRB: 2026-951 | Registratur-Nr. 1.7.1

### **Informationen des Stadtratspräsidenten**

## **Verhandlung**

Stadtratspräsident Merz Adrian begrüsst die Anwesenden zur ersten Sitzung im Jahr 2026. Im Speziellen begrüsst er als neue Mitglieder im SR Knüsel Sämi und Neuenschwander Beat und wünscht ihnen viel Freude im Amt.

Der Vorsitzende informiert, dass an der heutigen Sitzung Telebärn anwesend ist und Filmaufnahmen macht, vor allem zum Traktandum 8. Falls jemand nicht gefilmt werden will, soll dies jetzt mitteilen. Gemäss Stillschweigen ist das Filmen unbestritten. Der Vorsitzende informiert über den besuchten Anlass. Er hat am Neujahsapéro des Regierungsstatthalteramt teilgenommen. Der Apéro hiess Emmentaler-Füddli und fand im Campus der Emmentaler-Arena in Langnau statt. Es gab Fleisch, Käse und Tiger-Weisswein. Der Apéro wurde von Regierungsstatthalterin Grossenbacher Alexandra offeriert.

## **Antrittsrede Stadtratspräsident Adrian Merz**

Schon wieder ein neues Jahr, das ist klar. Schon wieder eine neue Stadtratssitzung, das ist ja witzig. Schon wieder ein neues Präsidium, das ist ja durchaus logisch. Ein Präsidium, das psychologisch

fromme Wünsche äussert und gerne hat, dass man nett zueinander ist, dass man die Hand hebt, bevor man redet und was es sonst noch für Gepflogenheiten gibt. Die Redezeit soll nicht überschritten werden, die Voten ein bisschen eingemittelt und gesittet daherkommen sowie dass man zuhört, wenn jemand anderes redet. Und wer weiss, vielleicht hört man euch dann auch zu. Denn jede und jeder von euch, der hier redet, hat seine eigene Meinung. Man muss nicht mal mit ihnen einig sein, das wäre ein viel zu steiniger Weg. Und vielleicht ist man einmal nicht so fit und denkt, warum wählt man die und warum. Gewisse Wählerinnen wissen, was sie wollen. Und wenn das nicht das ist, was man will, muss man wie gesagt nicht die Fassung verlieren, sondern einfach der Wählerwille und das Votum akzeptieren. Und wer weiss, vielleicht respektieren sie euch dann auch. Wenn wir in diesem Jahr so herangehen, die Flöhe im Ohr lassen, und stattdessen nur bringen, was auch gelingen kann. Und nicht nur mit sturem Kopf versuchen das Parteiprogramm durchzuziehen, sondern Kompromisse finden, vor und zu jedem Vorstoss ein bisschen studieren. Das bringt Burgdorf weiter. Wenn wir das machen, ist man auf gutem Weg, dass in Burgdorf nur Gutes passiert. Und wer weiss, vielleicht wird das auch von der Wählerschaft honoriert.

---

SRB: 2026-952 | Registratur-Nr. 1.7.1  
**Informationen aus dem Gemeinderat**

#### **Verhandlung**

Seitens des Gemeinderates (GR) erfolgen keine Informationen.

---

SRB: 2026-953 | Registratur-Nr. 1.7.2  
**Ersatzwahl Sozialkommission**

#### **Verhandlung**

Stadtratspräsident Merz Adrian teilt mit, dass die EDU als Nachfolger des verstorbenen Lengacher Christoph als Mitglied der Sozialkommission Truttmann Samuel vorschlägt. Der Lebenslauf von Truttmann Samuel ist in den Grundlageakten aufgeschaltet worden.

Stadtrat Wüthrich Urs, namens der EDU, teilt mit, dass leider ihr Mandatsträger der Sozialkommission, Lengacher Christoph, unerwartet gestorben ist. Die EDU schlägt deshalb Truttmann Samuel als Nachfolger und Mitglied der Sozialkommission vor und empfiehlt ihn dem SR zur Wahl. Truttmann Samuel engagiert sich schon lange in Burgdorf für soziale Anliegen.

#### **Abstimmung**

1. Der Stadtrat wählt Samuel Truttmann, Pastor, Gemeindeleiter, Burgdorf, parteilos (Sitz EDU), als Mitglied der Sozialkommission.
2. Mit dem weiteren Vollzug wird der Gemeinderat beauftragt.

#### **Beschluss**

Der Stadtrat stimmt einstimmig den Anträgen zu.

---

SRB: 2026-954 | Registratur-Nr. 2.3.1

### **Änderung UeO Nr. IV "Buchmatt"**

#### **Verhandlung**

Stadtratspräsident Merz Adrian stellt die Eintretensfrage. Gemäss Stillschweigen ist das Eintreten unbestritten.

Seitens der GPK werden keine Bemerkungen gemacht.

Stadtpräsident Berger Stefan teilt mit, dass mit dieser Änderung der Überbauungsordnung Nr. IV «Buchmatt» man die planerischen Voraussetzungen für die Weiterentwicklung eines wichtigen Produktionsstandorts eines etablierten Unternehmens schafft, das seit Jahren am und in den Standort Burgdorf investiert. Mit dem geplanten neuen Mischfutterwerk kann der Betrieb seine Infrastruktur an heutige und zukünftige Anforderungen anpassen. Gleichzeitig wird mit der Sicherung des bestehenden Silos eine rechtlich klare Lösung geschaffen. Damit erhöht man die Planungssicherheit, sowohl für das Unternehmen als auch für die Stadt Burgdorf. Das Geschäft wurde im ordentlichen Verfahren behandelt und eng durch den Fachausschuss Bau- und Aussenraumgestaltung begleitet. Dabei wurden bewusst auch qualitative Anforderungen festgelegt. So wird die Fassade des neuen Gebäudes vollständig mit Photovoltaik verkleidet. Das Gebäude wird somit selbst Teil der Energieproduktion, erhöht den Eigenverbrauch und verbessert die ökologische Bilanz des Standorts. Zusätzlich wird der Aussenraum, soweit es die betrieblichen Abläufe zulassen, ökologisch aufgewertet. Damit wird der industrielle Standort nicht nur funktional weiterentwickelt, sondern auch gestalterisch und ökologisch verbessert. Insgesamt stärkt dieses Geschäft den Wirtschaftsstandort Burgdorf, sichert Arbeitsplätze und zeigt, dass wirtschaftliche Entwicklung, Energieeffizienz und ökologische Qualität gut miteinander vereinbar sind. Der GR empfiehlt dem SR deshalb, der Änderung der Überbauungsordnung zuzustimmen.

Stadträtin Lüthi-Kohler Barbara, namens der SVP-EDU-Fraktion, teilt mit, dass man dem Antrag des GR zustimmt. Die Firma Kunz Kunath AG ist eine langjährige Firma in Burgdorf. Es ist ein wichtiges Unternehmen für die Branche, in der Stadträtin Lüthi-Kohler Barbara tätig ist. Die Firma ist wichtig, weil sie hilft, die Inlandversorgung aufrechtzuerhalten und zu stärken. Es ist ein Mischfutterwerk, das notabene jährlich 165'000 Tonnen Mischfutter herstellt, nicht nur für die Nutztierhaltung, sondern auch für die Kleintierhaltung. Es ist wichtig, die Firma zu unterstützen. Kunz Kunath ist Arbeitgeber von 110 Mitarbeitern, drei Viertel sind am Standort Burgdorf, ein Viertel ist in Weinfeld. Stadträtin Lüthi-Kohler Barbara möchte noch ein Anliegen erwähnen, weil sie aus dieser Branche ist. Die Agarkredite des Bundes werden manchmal heiss diskutiert. Hier sieht man jedoch ein beispielhaftes Beispiel. Die Stadt Burgdorf wird davon auch profitieren, denn es gibt einen Rückfluss über Steuersubstrate. Der SR wird gebeten, die Änderung der Überbauungsordnung Buchmatt zu unterstützen.

Stadträtin Maurer Roschi Franca, namens der Grüne-Fraktion, teilt mit, dass man die Arbeit von Kunz Kunath AG würdigt. Man unterstützt grundsätzlich aber auch den GR, denn Verdichtung ist auch in der Industriezone sehr wichtig. Man hat bereits beim Mitwirkungsverfahren mitgemacht und darauf hingewiesen, dass sich die Überbauungsordnung Buchmatt auf die Klimastrategie der Stadt Burgdorf abstimmen soll. Der Beschluss für die Umsetzung der baurechtlichen Grundordnung wird wahrscheinlich erst im 2. Quartal 2027 eingeführt. Die Themen, welche von den Grünen eingefordert werden, sind bekannt wie zum Beispiel die Entsiegelung oder natürliche Begrünung. Die Buchmatt ist

heute schon eine Hitzeinsel. Zur Energiegewinnung ist vor allem an die Fassade zu denken. Die eingebrachten Punkte der Mitwirkung wurden abgelehnt, weil in der Zwischenzeit der Fachausschuss Bau- und Aussenraumgestaltung zwei Gutachten geschrieben hat, welche genau das Gleiche fordern. Das ist erfreulich und stimmt zuversichtlich, wenn Fachexperten in die gleiche Richtung denken. Die Grüne-Fraktion wird dem Geschäft zustimmen.

#### **Abstimmung**

Beschluss der Änderung Überbauungsordnung Nr. IV «Buchmatt».

#### **Beschluss**

Der Stadtrat stimmt einstimmig dem Antrag zu.

---

SRB: 2026-955 | Registratur-Nr. 1.7.1

#### **Auftrag Grüne Partei betreffend Label "Grünstadt Schweiz" in Burgdorf**

#### **Verhandlung**

Stadratspräsident Merz Adrian stellt die Eintretensfrage. Gemäss Stillschweigen ist das Eintreten unbestritten.

Seitens der GPK und des GR werden keine Bemerkungen gemacht.

Stadtrat Hedinger Christian, namens der Grüne-Fraktion, teilt mit, dass es, seit er im SR ist, noch nie vorgekommen ist, dass man bei einem Anliegen von der Verwaltung überholt wurde. Es ist speziell, dass die Verwaltung unabhängig vom Auftrag das gleiche Anliegen erkannt hat und bereits an der Umsetzung ist. Die Grüne-Fraktion ist darüber natürlich erfreut. Nichtsdestotrotz ist es klar, dass man als Volksvertreter auch eine Aufgabe hat, und zwar in diesem Fall die Vorgehensweise der Stadtverwaltung und des GR zu unterstützen und zu bekräftigen, dass sie auf dem richtigen Weg sind. Stadtrat Hedinger Christian hatte immer einen guten Draht zur Baudirektion und den Leiter Stadtgrün kennt er persönlich. Es ist erfreulich, dass der Zertifizierungsprozess bereits eingeleitet wurde.

Stadtrat von Allmen Jonas, namens der SVP-EDU-Fraktion, teilt mit, dass die Natur wichtig ist und man dazu selbstverständlich Sorge tragen muss. Was die Stadt Burgdorf im Bereich Stadtgrün bereits heute leistet, ist beachtlich und zeigt, dass sehr viel schon gemacht wird. Den Auftrag der Grüne Partei nimmt man zur Kenntnis, hält aber fest, dass der Zertifizierungsprozess schon vor der Einreichung des Auftrages angestossen und vom GR positiv beurteilt worden ist. Aus Sicht der SVP-EDU-Fraktion stellt sich deshalb die Frage nach dem Sinn und Mehrwert des parlamentarischen Auftrages. Der Auftrag wird in diesem Sinn als unnötig, weil damit vor allem Symbolpolitik betrieben wird. Die SVP-EDU-Fraktion wird sich deshalb enthalten.

Stadtrat Schärf Philipp, namens der GLP-Fraktion, teilt mit, dass man für eine lebenswerte Stadt Burgdorf steht und wo sich die Bewohnerinnen und Bewohner wohlfühlen. Es wird begrüsst, dass die Stadt Burgdorf in dieser Hinsicht schon gut unterwegs ist. Das Label Grünstadt sieht man in erster Linie als professioneller Guideline, inklusive Expertenunterstützung, um den eingeschlagenen Weg konsequent weiterzugehen. Auf das vorhandene Know-how kann weiter aufgebaut werden und die Stadt Burgdorf kann sich hinsichtlich sich verändernder klimatischer Bedingungen lebenswert halten

und zum Beispiel noch weitere angenehme Begegnungsplätze attraktiver machen. Den aufzuwendenden Betrag von einmalig Fr. 10'000.-- und pro Jahr wiederkehrend rund Fr. 1'000.-- im Schnitt ist moderat für den Gegenwert, den man erhält. Die GLP-Fraktion dankt an dieser Stelle für die sehr gute Beantwortung der Fragen im online Tool und natürlich auch für den Einsatz der Baudirektion und Stadtgrün in dieser sehr wichtigen Thematik. Man freut sich über mehr Informationen nach dem Audit und man ist gespannt darauf.

### **Abstimmung**

Annahme des Auftrages.

### **Beschluss**

Der Stadtrat stimmt mit 32 Ja Stimmen bei 6 Enthaltungen dem Antrag zu.

---

SRB: 2026-956 | Registratur-Nr. 1.7.1

## **Jugendantrag betreffend geschützter Pausenplatz Schulhaus Pestalozzi**

### **Verhandlung**

Stadtratspräsident Merz Adrian teilt mit, dass bei der Einreichung des Jugandantrages das Stadtratsbüro beschlossen hat, den Jugendantrag als Postulat zu behandeln.

Gemeinderätin Kuster Müller Beatrice begrüsst ganz herzlich die heute anwesenden Jugendlichen im Publikum. Es ist für Gemeinderätin Kuster Müller Beatrice etwas Besonderes, es ist der zweite Jugendantrag, den sie vertreten darf. Der erste Jugendantrag durfte sie im Jahr 2002 vertreten, also vor langer Zeit. Der Wortlaut des Jugandantrages ist bekannt. Es geht um Hitze, starke Sonneneinstrahlung, Sonnenschutz, Regen, Hagel, Schnee und Unwetter im Allgemeinen. In einem kürzlich geführten Gespräch mit der Immobilienverwaltung wurde den Jugendlichen mitgeteilt, dass bereits einige Verbesserungslösungen für den Sonnenschutz gefunden werden konnten. Das Problem bei Regen ist aber weiterhin vorhanden und besteht immer noch. Auf dem Schulareal gibt es ein paar Bäume, aber gerade in den laubfreien Monaten fehlt dadurch der effektive Schutz. Die gemachten Vorschläge, mit einem Dach zu erweitern, muss aufgrund der denkmalgeschützten Schulhäuser verworfen werden. Bis eine entsprechende Lösung gefunden werden kann, haben die Jugendlichen, welche den Jugendantrag eingereicht haben, die Schule bereits verlassen. Sie tun dies für ihre Nachfolgerinnen und Nachfolger. Die Jugendlichen haben zu Recht erkannt, dass die Veloabstellplätze eigentlich einen besseren Schutz haben als die Schülerinnen und Schüler. Im Moment ist man mit der Schulraumentwicklung in einer Phase, in der für jedes Schulhaus die Sanierung angedacht wird und natürlich gehört der Aussenraum auch dazu. Es muss festgehalten werden, dass die Schülerinnen und Schüler sowie das Lehrpersonal die Pausen in einem überdachten Bereich verbringen können. Pausen sind gerade in der Oberstufe ein wichtiger Aspekt. Wenn man das googelt, erhält man eine riesige Fachabhandlung über die Wichtigkeit der Pausen. Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die Pause eine wichtige Unterbrechung des strukturierten Unterrichts ist. Diese soll im Freien stattfinden können, um sich zu bewegen und soziale Kontakte zu pflegen. Bei schlechtem Wetter ist es eine schwierige Angelegenheit, dass die Pause draussen stattfinden soll. Beim Pestalozzi-Schulhaus sind es rund 400 Schülerinnen und Schüler, die gleichzeitig auf dem Pausenareal sind, was eine namhafte Anzahl ist, vor allem bei schlechtem Wetter. In der Stadtratsvorlage steht, welche Massnahmen bereits vorgenommen wurden. Man kann leider nicht alles umsetzen. Im Sommer werden Sonnenschirme gegen

Sonne und Hitze vorhanden sein. Gegen Regen und Hagel muss weiterhin der Regenschirm aufgespannt werden. Bei Gewitter und Blitzschlag darf man sich gemäss Kanton sowieso nicht auf dem Pausenareal aufhalten. Bei Schnee muss man vorläufig noch Schneemann bauen. Es wird nach Lösungen gesucht. Der GR empfiehlt die Annahme des Postulates.

Stadtrat Lauwiner Jonas, König JL im Dienst für die Burgdorfer, teilt mit, dass die heutigen Kinder weicher und schwächer sind als früher. Früher ging man bei jedem Wetter raus, man hat im Schnee gespielt und es hat Spass gemacht. Wenn es heiss war, blieb man drin im Korridor. Es brauchte keine Sonnenschirme. Man muss den Kindern beibringen, auch mal irgendwie lösungsorientiert zu denken. Ein Kind wird nicht sterben, wenn man es in der Pause kurz an die Sonne schickt. Die Kinder von früher haben es auch nicht gebraucht. Warum brauchen sie es heute? Was hat sich in den letzten tausend Jahren geändert zu heute? Warum brauchen die heutigen Kinder diese Massnahmen und früher nicht. Es ist nicht fair gegenüber unseren Eltern und Grosseltern, dass die heutigen Kinder ein angenehmes und einfaches Leben führen können. Sie müssen nicht damit umgehen, dass es einmal warm und einmal kalt ist. Stadtrat Lauwiner Jonas wird den Jugendantrag ablehnen.

Stadträtin Vogt Anette, namens der SP-Fraktion, teilt mit, dass man sich freut, dass engagierte Schülerinnen einen Jugendantrag eingereicht haben. Es ist schön zu sehen, dass es hier politisch interessierte und versierte junge Menschen gibt. In wenigen Jahren können sie sich auch für die Wahl für den SR aufstellen. Die SP-Fraktion kann nachvollziehen, dass man in den Pausen einen vor Witterung geschützten Ort auf dem Pausenplatz haben will. Im Moment kann man es sich zwar fast nicht vorstellen, aber im Sommer ist es dort auf dem Betonplatz sehr heiss. In der Stadtratsvorlage steht, dass bereits einiges umgesetzt wurde wie zum Beispiel mit Sitzgelegenheiten und Bäumen. Die Bäume müssen zwar noch ein wenig wachsen, aber immerhin sind ein paar Sonnenschirme, die im Sommer Schatten spenden, umgesetzt. Vermutlich wird es in wenigen Jahren so oder so eine riesige Baustelle geben, wenn das Schulhaus Pestalozzi und auch voraussichtlich das Hallenbad umgebaut werden. Dazu kommen noch viele Vorschriften und sonstige Gründe, warum kein 70 m<sup>2</sup> grosses Dach auf dem Pausenplatz hingestellt werden kann. Es ist erfreulich, dass das Postulat nicht abgeschrieben wird und als erledigt in der Schublade versorgt wird. Die Jugendlichen können weiter nach Möglichkeiten mit der Verwaltung und dem GR suchen. Ein Lob geht auch an den GR und die Verwaltung. Die SP-Fraktion ist froh, dass der Jugendantrag so schnell behandelt wurde. Man hat es auch schon erlebt, dass es zehn Jahre ging, bis ein Jugendantrag endlich umgesetzt war. Hoffentlich geht es auch nicht mehr allzu lange bis die Rollsportanlage in Burgdorf umgesetzt wird. Der entsprechende Jugendantrag wurde Ende Jahr 2018 eingereicht.

Stadtrat Knüsel Sämi, namens der Grüne-Fraktion, teilt mit, dass es manchmal hart ist draussen zu sein. Manchmal sind auch nicht alle so krass und stark, wie man das vielleicht gerne hätte. Die Grüne-Fraktion findet es stark, dass die Jugendlichen einen Jugendantrag eingereicht haben und der SR die Möglichkeit hat über diesen zu befinden. Man ist etwas enttäuscht vom Entscheid des Stadtratsbüros, dass man den Jugendantrag als Postulat und nicht als Motion behandelt. Es wäre besser gewesen, wenn es einen direkten Auftrag gegeben hätte, denn die Jugendlichen haben viel Vorarbeit geleistet mit Ideen, Möglichkeiten und Vorschlägen, die man bereits umsetzen könnte. Es ist für die Grüne-Fraktion klar, dass wie in der Stadtratsvorlage aufgeführt nicht alles umgesetzt werden kann, wie man sich das vorstellt. Die Grüne-Fraktion ist deshalb froh, dass der Jugendantrag als Postulat überwiesen werden kann. Wie Stadträtin Vogt Anette bereits gesagt hat, wird die grosse Sanierung hoffentlich in fünf Jahren erfolgen. Bei der Sanierung wird vieles passieren und man soll es dann richtig machen. Fünf Jahre sind aber im Leben eines Schülers und einer Schülerin eine lange Zeit. Dann sind die Jugendlichen nicht mehr in der Schule und deshalb wäre es schön, wenn die Stadt Burgdorf

wie in der Vorlage geschrieben hat, ein paar Sachen anpassen kann, damit es vor der Sanierung bereits geschützte Gebiete und Flächen für die Schülerinnen und Schüler gibt. Die Umsetzung soll im Idealfall vor der Rollsportanlage erfolgen. Es ist nicht so, dass diese warten soll, aber es darf nicht allzu lange dauern.

Stadtrat Aebi Roger, namens der Mitte-Fraktion, dankt den Jugendlichen für ihren Jugendantrag betreffend dem gedeckten Pausenbereich beim Schulhaus Pestalozzi. Der Jugendantrag zeigt exemplarisch, wie politische Mitwirkung in der Stadt Burgdorf funktioniert. Anliegen werden eingebracht, ernst genommen und in die bestehenden Planungen eingeordnet. Die Gestaltung des Pausenaussenraums ist anspruchsvoll. Auf der einen Seite stehen berechnete Bedürfnisse und Ideen der Lernenden, auf der anderen Seite müssen verschiedene Rahmenbedingungen und Einschränkungen wie Platzverhältnisse, Sicherheit, Finanzen oder bestehende bauliche Möglichkeiten eingehalten werden. Die Herausforderung besteht darin, unter diesen Voraussetzungen eine Lösung zu finden, die für möglichst viele tragfähig ist. Im Jahr 2025 konnten bereits erste Verbesserungen im Bereich des Witterungsschutzes umgesetzt werden und weitere sollen folgen. Das Anliegen eines vollständig gedeckten Pausenbereichs soll dann bei der Gesamtanierung des Schulareals ab dem Jahr 2031 berücksichtigt werden. Bis zur Gesamtanierung hofft man, dass man dort eine pragmatische Übergangslösung finden kann. Die Mitte-Fraktion unterstützt das Postulat und begrüsst, dass die Lernenden in die weitere Planung einbezogen werden. Ein gut genutzter Pausenraum entsteht, wenn die Nutzenden mitdenken und mitgestalten können.

Stadträtin Veraguth Beryll, namens der EVP, dankt den Jugendlichen für den Jugendantrag. Es ist cool, dass sich die Jugendlichen einbringen. Stadträtin Veraguth Beryll entschuldigt sich an dieser Stelle für ein Votum eines Vorredners. Wer mit jungen Menschen zusammenarbeitet, weiss, dass sie einer unsicheren Zukunft und in eine sehr düstere Weltlage hineinschauen. Dass sie sich auch dann noch für ihre Nachfolgenden an der Oberstufe einsetzen, zeigt, dass sie Rückgrat haben. Sie setzen sich ein und sind sicher nicht schwach. Stadträtin Veraguth Beryll ist selbst Lehrerin in einem Schulhaus, das aufgrund des Denkmalschutzes keinen überdachten Pausenplatz hat. Man kennt das Konzept der Regopause. Wenn draussen schlechtes Wetter herrscht und weil es beim Schulhaus auch noch so eine Art Windschleuse gibt bei heftigem Wind, dürfen die Schülerinnen und Schüler die Pause drinnen verbringen. Drinnen können sich die Schülerinnen und Schüler nicht so austoben, wie wenn sie draussen sind. Es ist eine Notlösung, die man in der Schule installiert hat, damit man die Kinder bei garstigem Wetter nicht rausschicken muss. Die Kinder gehen eigentlich sonst gerne nach draussen, auch wenn es regnet. Es wäre aber wünschenswert, wenn die Kinder draussen im Trockenen die Pause verbringen können, damit sie nicht trotz Regenkleider nass in den Unterricht zurückkommen müssen. Die EVP wird den Jugendantrag mit vollem Herzen annehmen.

Stadträtin von Känel Claudia, namens der GLP-Fraktion, begrüsst, dass der GR gewisse Massnahmen bereits umgesetzt hat. Das ist ein gutes Signal gegenüber den Schülerinnen und Schülern und zeigt einerseits, dass die geäusserten Anliegen ernst genommen werden, aber auch, dass Jugandanträge auch pragmatisch und schnell umgesetzt werden können. Auch sind die aufgeführten Gründe, wieso man aktuell nur punktuelle Anpassungen vornimmt und der Pausenplatz nicht im grösseren Sinn neu gestaltet werden kann, nachvollziehbar. Es wäre aber trotzdem noch etwas mehr drin gelegen. In der Antwort des GR konnte man lesen, dass man bereit ist, weiter abzuklären, welche Massnahmen möglich sind, wenn die Schüler und Schülerinnen entsprechende Ideen einreichen. Die GLP-Fraktion würde es begrüssen, wenn man parallel proaktiv nochmals prüft, welche weiteren Verbesserungs-massnahmen man allenfalls noch umsetzen könnte, damit man den Pausenplatz aufwerten kann. Unabhängig vom Resultat einer weiteren Prüfung scheint aber wichtig, dass die Schülerinnen und Schü-

ler transparent informiert werden. Ebenfalls wichtig ist, dass nachher bei der künftigen Weiterentwicklung des Areals die Gestaltung des Schulhauses oder des Schulhausplatzes eine entsprechende Priorität bekommt. Dies insbesondere, weil beim Pestalozzi nicht nur besonders viele, sondern auch besonders älter durchmischte Schülerinnen und Schüler aufeinandertreffen. Die GLP-Fraktion dankt dem GR für die Umsetzung der Massnahmen und wird dem Antrag zur Annahme des Postulates zustimmen.

Stadträtin Lüthi-Kohler Barbara, namens der SVP-EDU-Fraktion, freut sich ausserordentlich, dass die Jugendlichen die politischen Instrumente nutzen und sich einbringen. Es stimmt zuversichtlich, wenn sie diese Instrumente nutzen und sich mit einem Anliegen melden. Das will man honorieren und findet es eine gute Sache. Die SVP-EDU-Fraktion wird dem Antrag zustimmen.

### **Abstimmung**

Annahme des Postulats.

### **Beschluss**

Der Stadtrat stimmt mit 37 Ja und 1 Nein Stimmen dem Antrag zu.

---

SRB: 2026-957 | Registratur-Nr. 1.7.1

## **Dringliches überparteiliches Postulat SP, Grüne und EVP betreffend Sicherstellung der suchtmedizinischen Versorgung in Burgdorf**

### **Verhandlung**

Gemeinderat Maier Elias teilt mit, dass das dringliche überparteiliche Postulat offene Türen einrennt. Die Schliessung des BZS biwak Burgdorf machte auch die Sozialdirektion hellhörig und man ist nicht glücklich darüber. Die Schliessung erfolgte ohne Absprache mit der Stadt Burgdorf. Das BZS biwak hat für Burgdorf eine wichtige Dienstleistung erbracht. Man hat deshalb auch umgehend nach der Bekanntgabe und bereits vor der Einreichung des Postulates das Gespräch mit den entsprechenden Partnern gesucht. Die Massnahmen und Abklärungen können in den Unterlagen nachgelesen werden. Es ist noch einmal wichtig zu betonen, dass die Schliessung des BZS biwak nicht aus betriebswirtschaftlichen Gründen erfolgt, sondern aufgrund von Fachkräftemangel beim fachärztlichen Personal, das für den Betrieb zwingend notwendig und auch eine gesetzliche Auflage ist. Weder die Klinik Südhang noch die Psychiatrie des Spitals Emmental oder die Klinik Selhofen konnten eine verbindliche Lösung anbieten. Dies hat die Leitung des BZS biwak mit dem Kanton nochmals klar aufgezeigt. Eine direkte Nachfolgelösung für die Heroinabgabe am Standort Burgdorf gibt es somit nicht. Gleichzeitig muss man erwähnen, und dies ist eigentlich auch noch das Positive, dass die Zahl der Klientinnen und Klienten laufend und stark abnimmt. Das Durchschnittsalter der Klientinnen und Klienten ist mittlerweile bei ungefähr 60 Jahren. Schweizweit gibt es nur etwa 20 Zentren zur Heroinabgabe. Es ist bei Weitem nicht so, dass jedes Städtchen oder jede Stadt eine eigene Abgabestelle mit Heroin hat. Durch die Schliessung kommt es nicht wie im Vorstoss erwähnt zu einer Versorgungslücke. Sämtliche Klientinnen und Klienten können gemäss den Aussagen des BZS biwak zum Standort Bern oder theoretisch auch in Biel ausweichen. Mit allen Betroffenen werden individuelle Gespräche und Anschlusslösungen gesucht. Für alle, die bereits heute Substitut konsumieren, beispielsweise im Methadonprogramm sind, könnten auch auf Apotheken oder Hausärzte in Burgdorf ausweichen, aber auch weiterhin beim BZS in Bern bleiben oder dorthin wechseln. Für manche kann das sogar ein Anreiz oder eine Motivation sein, auf ein Substitut zu wechseln. Es ist klar, dass es für die Klientinnen

und Klienten aus der Region eine Umstellung sein wird. Man kann nicht vorhersehen, wie die Akzeptanz bei den einzelnen Klientinnen und Klienten sein wird. Stadtrat Käsermann Fabian hat im online Tool einen Input beziehungsweise eine Frage gemacht. Er wünscht Informationen zu den Auswirkungen für die aktuellen und zukünftigen Klienten und Patienten aus Burgdorf und wie eine Lösung in Bern mit der Integration in den Arbeitsalltag zu vereinbaren ist. Mit der Änderung der Betäubungsmittelsuchtverordnung ist im Artikel 13 neu auch Mehrfachabgaben bis zu einer Woche möglich. Mit einer Ausnahmegewilligung können Mehrfachabgaben sogar bis auf einen Monat ausgeweitet werden. Theoretisch müssten die Klienten nur noch einmal im Monat nach Bern gehen. Die Klientinnen und Klienten müssen also nicht täglich nach Bern. Zum Teil könnten sie auch in Burgdorf versorgt werden, wenn sie ein Substitut nehmen. Ein grosser Teil ist im übrigen gar nicht von Burgdorf. Das Einzugsgebiet geht bis in den Oberaargau. Es betrifft daher nicht nur Burgdorf. Wichtig zu betonen ist, dass man in Burgdorf sicher keine Platzspitzsituation will. Die Sicherheit der Bevölkerung und der Familien, gerade an neuralgischen Orten wie beim Bahnhof, sind wichtig. Man hat deshalb die Einwohner- und Sicherheitsdirektion gebeten, ab 1. April 2026, wenn die Abgabestelle nicht mehr geöffnet ist, dass die Polizei vermehrt Kontrollen durchführen. Gemäss Einschätzung des BZS sei die Gefahr sehr gering. Mitte Februar findet das nächste Treffen mit dem Kanton und dem BZS statt. Es werden die nächsten Massnahmen festgelegt. Man wird dann auch wissen, wie die einzelnen Rückmeldungen der Klientinnen und Klienten sind und ob sie nach Bern gehen. Man ist gespannt auf die einzelnen Rückmeldungen und wie es aufgenommen wird. Der SR kann im Rahmen einer Stadtratssitzung im Herbst über die ersten Erfahrungen informiert werden. Der GR empfiehlt dem SR, das Postulat zu überweisen.

Stadtrat Lauwiner Jonas, König JL im Dienst für die Burgdorfer, teilt mit, dass der Konsum von Drogen verboten ist. Die Drogensucht soll nicht durch die Steuerzahlenden mitunterstützt und finanziert werden. Wie der GR ausgeführt hat, will man in Burgdorf keine Junkies anziehen. Stadtrat Lauwiner Jonas will ein sicheres Burgdorf für Kinder und Familien. Er sagt klar Nein zu harten Drogen, auch wenn sie rein sind und vom Staat finanziert werden. Drogen sind verboten.

Stadtrat Reusser Simon, namens der Grüne-Fraktion, nimmt Stellung zum Vorredner. Man ist überzeugt, dass die Leute, die von diesen Substanzen abhängig sind und ins biwak gehen, sicher wesentlich lieber nicht in dieser Lage wären und es für sie nicht unbedingt ein Genuss von Drogen ist, sondern eher eine Möglichkeit ein halbwegs normales Leben zu führen. Die Grüne-Fraktion dankt der Sozialdirektion. Als man die Stellungnahme gelesen hat, hat man klar den Eindruck erhalten, dass da tatsächlich der Ernst der Lage erkannt wurde. Es wird begrüsst, dass auch der Kontakt zu allen involvierten Stellen bereits gesucht wurde. Trotzdem hat man beim Lesen der Stellungnahme das Gefühl, dass sich die Verantwortlichen die Lebensrealität der Personen im biwak und der Wert eines solchen Zentrums vielleicht doch nicht so vollumfänglich bewusst ist. Heute ist zudem noch ein Schreiben von Krebs Thomas, dem ehemaligen ärztlichen Leiter, eingetroffen. Die Frage der Versorgungslücke kann man definieren, wie man will, aber es entsteht klar eine Versorgungslücke, wenn es im Emmental das Angebot des biwak nicht mehr gibt. Die Leute müssen nach Bern oder Biel, wenn sie etwas Vergleichbares haben wollen, oder sie müssten auf die Versorgung durch eine Apotheke oder einen Hausarzt ausweichen. Das bringt wesentliche Nachteile mit sich und kann nicht mit dem Angebot des biwak verglichen werden. Nebst der Abgabe von Substitutionsmedikamenten hat das biwak eine Betreuung durch Fachpersonal, Sozialarbeiterinnen und -arbeiter sowie Pflegepersonal angeboten. Solche Leistungen sind für die Suchtkranken von enormer Bedeutung und sie dürfen nicht einfach wegfallen. Die Ausweichmöglichkeit auf andere Städte kann ein Argument sein. Für viele Personen, die täglich beim biwak vorbeigehen, ist zum Beispiel das Ausweichen nach Bern nicht möglich, weil viele von ihnen arbeitstätig sind. Viele sind auch im ersten Arbeitsmarkt tätig und haben vielleicht eine Stelle in Burg-

dorf oder in einer umliegenden Gemeinde. Da kann man von ihnen nicht verlangen, dass sie am Morgen bevor sie um 07.30 Uhr bei der Arbeit sein müssen, vorgängig noch nach Bern fahren, um ihre Medikamente abzuholen. Aus diesen Gründen ist klar, dass eine Anschlusslösung in Burgdorf unbedingt angestrebt werden muss. Es muss alles Mögliche unternommen werden, damit man eine Lösung findet, um das bestehende Angebot in irgendeiner Art und Weise weiterzuführen. Die Grüne-Fraktion hofft, dass den Verantwortlichen die Dringlichkeit bewusst ist. Wie orientiert findet die nächste Sitzung Mitte Februar statt. Das bedeutet ein halber Monat verstreicht wieder. Das Zentrum wird per Ende März schliessen, es eilt deshalb. Die Grüne-Fraktion dankt, dass man an der Sache dranbleibt.

Stadträtin Zingg Righetti Sybille, namens der SP-Fraktion, dankt dem GR und den Verantwortlichen für die Antwort auf das Postulat. Es ist erfreulich, dass man gestützt darauf Abklärungen gemacht hat und das Postulat annehmen will. Über das bisherige Fazit der Abklärungen ist man aber nicht ganz so erfreut. Es wird zudem klargestellt, dass es beim Einreichen in keiner Weise um Sicherheitsbedenken ging. Wenn man die Antwort auf das Postulat liest, kristallisiert sich heraus, dass ein ähnliches Angebot wie das biwak sehr wahrscheinlich nicht weitergeführt werden kann. Es ist nicht nachvollziehbar, dass man das allein dem Fachkräftemangel zuschreiben will. In der Legislaturplanung 2025-2028 steht unter Ziffer C.1: «Bedarfsgerechte Beratungs- und Unterstützungsangebote ermöglichen ein selbstbestimmtes Leben, entlasten familiäre und ehrenamtliche Betreuungsarbeit und helfen vulnerablen Menschen bei Problemen wie Sucht und Gewalt.» Die Stadt Burgdorf muss sich deshalb wirklich einsetzen, damit es für die Betroffenen eine gute Lösung gibt. Die angedachten Anschlusslösungen erscheinen nicht als gute Lösung, insbesondere, wenn man die Aussagen von Betroffenen anschaut. Eventuell hat der SR den Beitrag im Telebärn vom 24. Januar 2026 gesehen. Wenn nicht, kann er noch angeschaut werden. Auch in der heute erhaltenen Stellungnahme von Dr. Krebs Thomas, der involviert war, geht das klar hervor. Wenn Patienten und Patientinnen mit einer Heroinbehandlung zweimal täglich nach Bern fahren müssen, um Heroin zu beziehen, ist es offensichtlich, dass dies mit einer Integration und einer Arbeitsstelle nicht vereinbar ist. Ausserdem ist es auch mit offensichtlichen Mehrkosten für die Betroffenen verbunden. Dass man jetzt plötzlich mit einer angeblich möglichen monatlichen Abgabe kommt, erscheint mit Hinblick auf die Lebensrealität der Betroffenen auch nicht realistisch. Aber auch bei Patientinnen und Patienten, die eine Substitutionstherapie haben, kann man nicht einfach auf eine Abgabe beim Arzt oder in der Apotheke verweisen. Dort gibt es nämlich keine weitergehenden Betreuungsangebote wie Sozialberatung. Die SP-Fraktion bittet deshalb den GR, dranzubleiben. Die nächste Besprechung ist zum Glück schon bald, auch wenn es noch ein paar Wochen dauert. Im Sinne der Betroffenen soll nach wirklichen Lösungen gesucht werden. Ausserdem wird der GR gebeten, den SR im geeigneten Rahmen über den Stand in dieser Angelegenheit zu informieren. Die SP-Fraktion wird der Annahme des Postulats selbstverständlich zustimmen.

Stadtrat von Allmen Jonas, namens der SVP-EDU-Fraktion, teilt mit, dass über die Schliessung der Drogenabgabenstelle in Burgdorf die Sozialkommission schon frühzeitig informiert wurde und sich der zuständige GR sowie der Gesamtgemeinderat schon intensiv mit der Situation befasst haben. Eine Interpellation wäre deshalb eher das richtige Instrument gewesen als ein Postulat. Nichtsdestotrotz ist entscheidend, dass die Sicherheit in Burgdorf jederzeit gewährleistet bleibt und aus diesem Grund wird die SVP-EDU-Fraktion dem Postulat zustimmen. Gleichzeitig erwartet man aber auch, dass der GR den SR zeitnah und transparent über die weitere Entwicklung informiert. Es werden drei Punkte hervorgehoben. Erstens ist man nicht unglücklich darüber, wenn Burgdorf künftig keine Drogenabgabenstelle mehr hätte. Es gibt viele Burgdorfer, die Angst haben die Bahnhofunterführung zu passieren, weil die Drogenabgabenstelle nebenan ist. Das Unsicherheitsgefühl der Burgdorfer muss ernst genommen werden. Die Voraussetzung muss aber sein, dass für alle Betroffenen eine tragfähige Anschlusslösung besteht. Dies kann insbesondere mit Bern und Biel gefunden werden. Man

muss diesen Weg nun konsequent gehen. Zweitens ist die Sicherheit ein zentrales Anliegen. Dies ist Stadtrat von Allmen Jonas als Jurist besonders wichtig. Mit oder ohne Drogenabgabestelle darf es in Burgdorf keine offene Drogenszene geben und da ist man sich einig. Es wird erwartet, dass die Polizei konsequent durchgreift und keine Toleranz zeigt sowie auch keine Augen zu drückt bei Anzeichen in dieser Richtung. Gerade in den kommenden Monaten, vor allem, wenn dann die Drogenabgabestelle geschlossen ist, erwartet man ein besonderes Augenmerk auf die Situation. Man sieht die aktuelle Situation auch als Chance. Die Personen im Heroinprogramm können dies auch als Anreiz sehen, beispielsweise auf Methadon umzusteigen. Methadon kann im Gegensatz zu Heroin auch bei der Apotheke oder den Hausärzten bezogen werden. Es würde eine dezentralere, alltagstauglichere und weniger konfliktrichtige Lösung darstellen und könnte sowohl für die Betroffenen als auch für die Stadt Burgdorf Vorteile bringen. Die SVP-EDU-Fraktion stimmt dem Postulat zu. Dies nicht aus Begeisterung, dass wir ein ausgebautenes staatliches Angebot unterstützen, sondern aus Verantwortung für die Sicherheit, Ordnung, Stabilität in der Stadt Burgdorf. Man erwartet vom GR aber auch, dass er weiterhin kommunizieren wird, wie es weiter geht.

Stadträtin Liechti-Lanz Esther, namens der EVP, teilt mit, dass man das Postulat unterstützt und die Bemühungen von Gemeinderat Maier Elias und der Sozialdirektion würdigt. Die Schliessung des biwak in Burgdorf nach 26 Jahren wird Ende März vollzogen. Das steht fest und ist unumstösslich. Die Gründe sind bekannt. Die EVP hinterfragt kritisch, dass sich wirklich keine Institution, weder die Klinik Selhofen noch das Spital in Burgdorf, welche über beste Connections zur Verwaltung verfügen, finden konnte, um die ärztliche Leitung in einem Co-Sharing zu decken. Das biwak hat einen wichtigen Auftrag in der Suchtbehandlung der Regionen Emmental und Oberaargau wahrgenommen. Es wird also an den erwähnten Hindernissen scheitern. Stadtrat Reusser Simon wie auch Stadträtin Zingg Riggetti Sybille haben schon ausführlich informiert, was sich auch mit der Haltung der EVP deckt. Vielen Menschen sieht man gar nicht an, dass sie suchtkrank sind. Die Aussage, dass diese Leute gefährlich sind oder dass man vor ihnen Angst haben muss, ist stigmatisierend. Viele dieser Leute, die in den biwak gehen, nehmen an einem geregelten Leben teil, sind arbeitstätig, sind Steuerzahler, bezahlen AHV und nehmen ihre Verantwortung beruflich wie privat wahr. Zum Argument, dass man Methadon oder auch Heroin bei der Apotheke oder dem Hausarzt spritzen kann, muss klar sein, dass es eine andere Qualität hat. Im biwak hatten die Leute ihre Bezugspersonen und erfuhren dort durch die stabile Betreuung Sicherheit. Aber auch pflegerisch, somatisch und auch psychisch konnte man dort bei Veränderungen dieser vulnerablen Gruppe früher intervenieren, als wenn jetzt jemand irgendwo nach Bern oder nach Biel geht. Dort gibt es auch eine viel grössere Gruppe. Man ist gespannt auf die weitere Entwicklung.

Stadtrat Knüsel Sämi, namens der Grüne-Fraktion, teilt mit, dass wir alle hoffen, dass es keine Suchtmittelabgabestellen mehr geben muss, aber nicht, weil man wegschauen und stigmatisieren und kriminalisieren will, sondern weil es die Leute geschafft haben, davon wegzukommen. Man ist gleicher Meinung, dass man keine Suchtmittelabgabestellen auf der ganzen Welt haben will, aber nicht, weil man wegschaut oder verdrängt, sondern weil das Klientel fehlt. Das wäre das Ziel. Stadtrat Knüsel Sämi bezieht sich auf das Votum von Gemeinderat Maier Elias. Im April, wenn das biwak geschlossen ist, soll die Polizei am Bahnhof vermehrt zirkulieren. Dabei stellt sich aber die Frage, wenn man schon mit CONTACT Mobile in Kontakt ist, warum nicht sie angeboten werden. Wenn man schon Ruhe haben will und den Leuten helfen möchte, wäre es besser die Leute von CONTACT Mobile hinzustellen, die helfen und unterstützen könnten, als die Polizei.

Stadtrat Lauwiner Jonas, König JL im Dienst für die Burgdorfer, teilt mit, dass es nicht alle Leute freiwillig nehmen, es gibt auch Leute mit einer Sucht. Aber von der Sucht kann man wegkommen, wenn man will. Manchmal will man aber nicht, weil es besser ist und man sich damit gut fühlt. Trotzdem ist es schockierend, dass der Drogenkonsum von diesen Menschen unterstützt werden soll, weil sie arme Menschen sind und es brauchen. Das ist legal, obwohl Drogen illegal sind. Man kann diesen Menschen auch anders helfen, als sie mit Drogen abzudecken. Es ist wahrscheinlich die einfachere Lösung. Wie bereits erwähnt, wird Stadtrat Lauwiner Jonas das Postulat ablehnen.

Stadtrat Reusser Simon, namens der Grüne-Fraktion, möchte nochmals auf das Thema Sicherheit eingehen. Es ist klar, dass wir alle Sicherheit wollen und dass es keine Szene in Burgdorf gibt. Wenn ein Zentrum wie das biwak schliesst, verschwinden die Drogenabhängigen oder Substanzabhängigen nicht einfach, sie müssen woanders hin. Sie werden nicht von einem auf den anderen Tag von ihrer Sucht befreit, sondern müssen woanders hin. Wenn sie nicht mehr in Burgdorf sind, dann sind sie in Bern. Und je nachdem verbringen sie den Tag dann in Bern. Das ist ein Verschieben von Problemen. Stadtrat Reusser Simon hat das Gefühl, dass es im Rat Leute gibt, die das Gefühl haben, dass man bei einer Drogenabgabestelle einfach Drogen bekommt und konsumieren kann, wenn man gerne Drogen konsumieren möchte. Es muss allen klar sein, dass es nicht so ist. Diese Leute sind abhängig und die Abhängigkeit ist nichts, was sie geniessen und wollen. Wenn man ein Zaubermittel hätte, um von dieser Abhängigkeit wegzukommen, dann wäre das grossartig, aber das gibt es nicht. Insofern muss man Verständnis dafür schaffen. Die Drogenabgabestelle muss als medizinisches Behandlungszentrum angesehen werden.

Stadträtin Lüthi-Kohler Barbara, namens der SVP-EDU-Fraktion, bezieht sich auf das Votum von Stadtrat Lauwiner Jonas. Es muss unterschieden werden zwischen Illegalität und Legalität. Eine Abgabestelle begleitet die Leute beim Entzug und das ist niemals illegal. Wenn Leute begleitet werden, ist die Erfolgchance zwischen 60 und 90 Prozent, dass sie den Ausstieg schaffen, und das gibt einen Mehrwert für die Gesamtgesellschaft.

Gemeinderat Maier Elias teilt mit, dass wichtig zu verstehen ist, was die Alternative ist. Eine offene Szene, wie man sie vielleicht vom Platzspitz her kennt, wollen wir nicht und dank der Drogenabgabestelle gibt es solche Situationen auch nicht. Die soziale Betreuung ist sehr wichtig und die wollen wir in Burgdorf gewährleisten, und zwar mit CONTACT Mobile. Man ist im Gespräch mit CONTACT Mobile. Die Heroinabgabe ist aber mit CONTACT Mobile nicht möglich, weil sie keine Bewilligung haben. Ein wichtiger Punkt ist, dass es eine gesetzliche Grundlage für die Drogenabgabe gibt, so dass es nicht illegal ist. Die Finanzierung ist nicht steuerfinanziert, sondern wird über die Krankenkasse abgerechnet. Die Mehrfachabgabe ist eine Möglichkeit beim Standort Bern, damit man nicht täglich zweimal vor Ort sein muss. Man kann den Bezug auch für eine längere Periode abholen. Als einfache Möglichkeit für eine Woche und mit einer Ausnahmegewilligung bis zu einem Monat. Man ist sich bewusst, dass es nicht der ideale Fall ist. Je nachdem gibt es andere Lösungen, wenn man auf ein Substitut wechselt. Die Begleitung mit CONTACT Mobile wäre ein idealer Partner, weil man mit ihnen bereits einen Leistungsvereinbarung am Standort Burgdorf hat. Wenn man eine entsprechende Lösung finden kann, ist man froh. Bei der Heroinabgabe weiss man noch nicht, mit wem man zusammenarbeiten könnte. Man hat mit dem Spital Emmental oder der Klinik Selhofen nach Möglichkeiten gesucht, aber sie wollten dies schlichtweg nicht. Der Stadt Burgdorf sind ein wenig die Hände gebunden. Es ist nicht so einfach, eine gute Nachfolgelösung zu finden, wie man sich das gerne wünscht.

Stadtrat Käsermann Fabian, namens der SP-Fraktion, teilt mit, warum ein Postulat und nicht eine Interpellation eingereicht wurde. Es ist ein wichtiges und dringendes Problem. Die Sozialdirektion und der GR müssen den politischen Rückhalt des SR haben. Deshalb hofft man, dass der SR das Postulat unterstützt und damit zeigt, dass der GR eine Lösung für die Zukunft finden soll.

#### **Abstimmung**

Annahme des Postulates.

#### **Beschluss**

Der Stadtrat stimmt mit 37 Ja und 1 Nein Stimmen dem Antrag zu.

---

SRB: 2026-958 | Registratur-Nr. 1.7.1

#### **Interpellation Marc Bracher betreffend Terminierung von Strassensanierungen an Schulwegen – Bauarbeiten unmittelbar vor oder während der ersten Schulwochen**

#### **Verhandlung**

Stadtrat Bracher Marc dankt der Verwaltung für die ausführliche Antwort auf seine Interpellation, die er im Auftrag von verschiedenen Eltern eingereicht hat. Man schätzt die klare Darstellung der Abläufe und vor allem den Hinweis auf die Sicherheit der Schulwege. Man merkt deutlich, dass die Verwaltung die Sicherheit der Schulkinder ernst nimmt. In Rücksprache mit den entsprechenden Eltern erklärt sich Stadtrat Bracher Marc von der Antwort der Interpellation befriedigt.

#### **Beschluss**

Der Interpellant erklärt sich von der gemeinderätlichen Stellungnahme befriedigt.

---

SRB: 2026-959 | Registratur-Nr. 1.7.1

#### **Interpellation SP-Fraktion betreffend vZEV und LEG in Burgdorf**

#### **Verhandlung**

Stadträtin Karrer-Siegenthaler Karin, namens der SP-Fraktion, dankt für die Beantwortung der Interpellation zur vZEV und LEG. Wie man im verlinkten Video in der Beantwortung der Interpellation entnehmen konnte, ist es keine ganz einfache Thematik. Es ist schön, dass man ein paar Antworten auf offene Fragen erhalten hat. Wie man lesen konnte, ist das Produkt «solarsplit@Localnet» in rund elf Monaten bereits dreissig Mal abgeschlossen worden. Die SP-Fraktion hofft, dass jetzt noch viele weitere die neue Möglichkeit des vZEV nutzen, sodass der produzierte Strom auch lokal genutzt werden kann. Punkt Hürden wurde einzig das asbesthaltige Stromtableau aufgeführt. Das kann von Hausbesitzern ausgewechselt werden. Weitere Hürden wie gepuffte Netze scheinen kein Hinderungsgrund mehr zu sein, um vZEV abzuschliessen. Die SP-Fraktion ist mit der Antwort befriedigt.

#### **Beschluss**

Die Interpellanten erklären sich von der gemeinderätlichen Stellungnahme befriedigt.

---

SRB: 2026-960 | Registratur-Nr. 1.7.1

**Interpellation SP-Fraktion betreffend Gastronomische Nutzung öffentlicher Räume in Burgdorf**

**Verhandlung**

Stadträtin Bannwart Gabriela, namens der SP-Fraktion, dankt für die Beantwortung der Fragen. Mit einem gewissen Schmunzeln hat man zur Kenntnis genommen, dass die Viehauktion unter den Begriff Pop-up-Nutzungen fällt. Die doch eher weite Auslegung des Begriffs Pop-up zeigt exemplarisch, wie wenig trennscharf die heutige Praxis ist. Irritiert hat zudem der Hinweis, Pop-up-Angebote sollen vorzugsweise auf privatem Grund stattfinden. Pop-up-Nutzungen leben von Sichtbarkeit, Belegung und Niederschwelligkeit. Aspekte, die im öffentlichen Raum besonders gut zum Tragen kommen. Diese Haltung wirkt deshalb doch eher verstaubt und wenig auf die heutige Gastronomie und Veranstaltungskultur ausgerichtet. Die Fragen sind aber ausführlich beantwortet worden und die SP-Fraktion erklärt sich damit befriedigt.

**Beschluss**

Die Interpellanten erklären sich von der gemeinderätlichen Stellungnahme befriedigt.

---

SRB: 2026-961 | Registratur-Nr. 1.7.1

**Interpellation SP-Fraktion betreffend Nutzung städtischer Liegenschaften im öffentlichen Interesse**

**Verhandlung**

Stadträtin Bannwart Gabriela, namens der SP-Fraktion, dankt für die Beantwortung der Fragen. Die zentralen Fragen sind beantwortet. Die gewünschten Informationen werden auf der Excel-Datei transparent zur Verfügung gestellt. Das Anliegen der Interpellation ist erfüllt und die SP-Fraktion erklärt sich mit der Antwort befriedigt.

**Beschluss**

Die Interpellanten erklären sich von der gemeinderätlichen Stellungnahme befriedigt.

---

SRB: 2026-962 | Registratur-Nr. 1.7.1

**Interpellation Blume Tanja, SP, Veraguth Beryll, EVP, Müller Vicky, Grüne betreffend öffentliche WC-Anlagen**

**Verhandlung**

Stadträtin Blume Tanja, namens der Interpellantinnen, teilt mit, dass man mit der Antwort des GR befriedigt ist und dankt dem GR dafür. Diese Interpellation ist an einem öffentlichen Stammtisch entstanden, den man veranstaltet hat, und dort war unter anderem ein Thema, dass eine Stadt genügend öffentliche Toiletten in einem sauberen Zustand braucht. Das ist einerseits wichtig, damit die Stadt sauber ist, und andererseits, damit alle Menschen ohne Risiko ihren Bedürfnissen nachgehen können. Man begrüsst, dass an allen vier Bahnhöfen in Burgdorf Dinge in Gang sind und auch sonst noch drei neue WC-Standorte geplant sind. Es ist ein wenig schade, dass bei Frage 2 die vorhandenen öffentlichen Toiletten nicht aufgelistet wurden, wie das zum Beispiel bei der anderen Interpellation

bezüglich städtischer Liegenschaften der Fall war. Im Grossen und Ganzen scheint aber dem GR der Handlungsbedarf bewusst zu sein, was man sehr begrüsst.

### **Beschluss**

Die Interpellanten erklären sich von der gemeinderätlichen Stellungnahme befriedigt.

---

SRB: 2026-963 | Registratur-Nr. 1.7.1

### **Verschiedenes und Unvorhergesehenes**

#### **Verhandlung**

Es wird folgender parlamentarische Vorstoss eingereicht:

- Interpellation Grüne-Fraktion betreffend gleichberechtigte Sichtbarkeit von Frauen im Burgdorfer Strassenbild

Stadtratspräsident Merz Adrian bittet die Mitglieder des SR die Liste der Interessenbindungen zu kontrollieren und allfällige Anpassungen Henzi Brigitte mitzuteilen. Die Interessenbindungen sind auf der Website der Stadt Burgdorf sowie im online Tool aufgeschaltet. Der Vorsitzende informiert über die Demission von Stadträtin Karrer-Siegenthaler Karin per 31. Januar 2026 und dankt ihr für ihr Engagement.

Stadträtin Bannwart Gabriela, namens der SP-Fraktion, teilt mit, dass Stadträtin Karrer-Siegenthaler Karin seit Januar 2021 Mitglied im Burgdorfer SR war. Fünf Jahre in denen sie ihre Arbeit immer mit grosser Sorgfalt und grosser Verlässlichkeit ausgeübt hat. Was sie besonders ausgezeichnet hat, war ihre Nähe zur Bevölkerung. Sie hat zugehört, die Anliegen ernst genommen, aufgenommen und in die Fraktion getragen. Dies ruhig, sachlich und mit einer Klarheit, die Gewicht hatte. Diese Art hat ihre Voten glaubwürdig und wirksam gemacht. Jetzt schlägt sie ein neues Kapitel auf. Sie verlässt den SR, um einer anderen Leidenschaft mehr Zeit zu geben, dem Singen, und genau das passt zu ihr. Wenn sie etwas macht, dann mit Konsequenz, mit Ernsthaftigkeit und mit Hingabe. Genau die Haltung wie auch in der Politik. Stadträtin Bannwart Gabriela dankt ihr im Namen der Fraktion und auch persönlich für ihr grosses Engagement. Stadträtin Bannwart Gabriela überreicht Stadträtin Karrer-Siegenthaler Karin ein Geschenk.

Stadtratspräsident Merz Adrian teilt mit, dass im Hotel Stadthaus für den Schlummertrunk reserviert ist. Stadträtin Karrer Karin übernimmt die erste Runde. Vielen Dank dafür.

Stadtrat Käsermann Fabian teilt mit, dass an der heutigen Sitzung sehr viele Medienvertreter und Medienvertreterinnen anwesend sind und deshalb nimmt er die Gelegenheit wahr, einmal Danke zu sagen für ihre Berichterstattung. Stadtrat Käsermann Fabian hat in seinen zehn Jahren nie zu den Medien im Saal gesprochen. Er nimmt aber auch die Gelegenheit wahr, auch eine Bitte auszusprechen, vor allem an ein Medium, das Werbung macht «bei uns kommt die Region zuerst». Man soll auch über wichtige Geschäfte berichten, wenn es um 21 zu 19 Stimmen geht, und sagen, warum ein Kredit zu einem Schulhaus zurückgewiesen wurden. Danach hat man auch die Berechtigung noch zehnmal über die Pissoirs zu berichten.

---

Burgdorf, 19. Februar 2026

Namens des Stadtrates:



Adrian Merz  
Stadtratspräsident



Brigitte Henzi  
Protokollführerin